

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

16. WP - 91. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. Februar 2009, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Werner Kalinka (CDU)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Peter Eichstädt (SPD)

Thomas Hölck (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Günther Hildebrand (FDP)

i.V. von Wolfgang Kubicki

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes über Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie Übersetzerinnen und Übersetzer in der Justiz (Justizdolmetschergesetz - JustizDolmG)	4
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2052	
2. Entwurf eines Gesetzes über die Wohnraumförderung in Schleswig-Holstein (Schleswig-Holsteinisches Wohnraumförderungsgesetz - SHWoFG)	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2134	
3. Bericht des Innenministeriums zur Belastung der Polizeibeamten in Schleswig-Holstein durch zunehmende Einsätze und Gewaltbereitschaft	7
Antrag des Abg. Peter Lehnert Umdruck 16/3928	
4. Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung	10
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1893	
5. Verschiedenes	11

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über Dolmetscherinnen und Dolmetscher sowie Übersetzerinnen und Übersetzer in der Justiz (Justizdolmetschergesetz - JustizDolmG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2052

(überwiesen am 30. Mai 2008)

hierzu: Umdruck 16/3228, 16/3237, 16/3243, 16/3245, 16/3249, 16/3315,
16/3353, 16/3373, 16/3389, 16/3417, 16/3454, 16/3524,
16/3661, 16/3745

St Dr. Schmidt-Elsaëber weist darauf hin, dass noch eine zusätzliche Formulierung in das Gesetz mit aufgenommen werden müsse. Die EU-ausländischen Sprachmittler, die nur vorübergehend ihre Dienste in Deutschland erbringen wollten, dürften aufgrund der EU-Dienstleistungsrichtlinie und anderer EU-Vorgaben nicht diskriminiert und ausgeschlossen werden, deshalb müsse für diese Personengruppe noch eine Ausnahmeregelung formuliert werden. Da dies auch für andere Bundesländer noch geregelt werden müsse, werde zurzeit auf Bundesebene unter Federführung des Justizministeriums aus Nordrhein-Westfalen an einer entsprechenden Formulierung gearbeitet, die in die Landesgesetze mit aufgenommen werden solle. Es sei damit zu rechnen, dass Ende Februar/Anfang März 2009 ein entsprechender Formulierungsvorschlag vorliegen werde.

St Dr. Schmidt-Elsaëber spricht sich vor diesem Hintergrund dafür aus, die abschließende Beratung im Ausschuss über den vorliegenden Gesetzentwurf zu verschieben, bis der angekündigte Vorschlag vorliege.

Abg. Hentschel verweist noch einmal auf die vorliegenden Änderungsanträge der Fraktionen der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit denen insbesondere der Kritik aus der Anhörung Rechnung getragen werde, den schon heute bei den Gerichten tätigen Dolmetschern und Sprachmittlern ohne erneute Prüfungen und Zulassungsvoraussetzungen das Recht zu geben, weiter tätig zu werden. Während die FDP-Fraktion hierfür in ihrem Änderungsantrag eine

zusätzliche Verordnung vorschlage, sehe der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entsprechende Regelungen direkt im Gesetz vor.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, betont, dass auch die regierungstragenden Fraktionen darum bemüht seien, einen möglichst breiten Konsens herzustellen.

Der Ausschuss verschiebt seine weiteren Beratungen vor dem Hintergrund der Ausführung von St Dr. Schmidt-Elsaëber auf seine Sitzung am 11. März 2009.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes über die Wohnraumförderung in Schleswig-Holstein (Schleswig-Holsteinisches Wohnraumförderungsgesetz - SHWoFG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2134

(überwiesen am 18. Juli 2008)

hierzu: Umdruck 16/3432, 16/3435, 16/3440, 16/3445, 16/3503, 16/3570, 16/3571, 16/3583, 16/3590, 16/3667, 16/3668, 16/3675 (neu), 16/3676, 16/3782, 16/3906, 16/3950

Abg. Puls verweist kurz auf den neu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD, Umdruck 16/3950, und schlägt vor, über diese Änderungen und den Gesetzentwurf der Landesregierung abzustimmen.

Abg. Hildebrand kündigt an, die FDP-Fraktion werde dem Gesetzentwurf und den vorgeschlagenen Änderungen wegen der grundsätzlichen Bedenken, die sie schon in der Plenardebatte geäußert habe, nicht zustimmen.

Abg. Hentschel erklärt, er sei nicht in der Lage gewesen, die kurzfristig vorgelegten Änderungen der Koalitionsfraktionen durchzuarbeiten, die grundsätzlichen Bedenken der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bezüglich der Aufhebung der sozialen Bindung von Wohnungen bestünden jedoch weiterhin, deshalb werde sich seine Fraktion dem Gesetzentwurf auch mit den Änderungen nicht anschließen.

In der anschließenden Abstimmung wird der von den Fraktionen von CDU und SPD vorgelegte Änderungsantrag, Umdruck 16/3950, mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Schleswig-Holsteinischen Wohnraumförderungsgesetz, Drucksache 16/2134, in der entsprechend geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht des Innenministeriums zur Belastung der Polizeibeamten in Schleswig-Holstein durch zunehmende Einsätze und Gewaltbereitschaft

Antrag des Abg. Peter Lehnert
Umdruck 16/3928

hierzu: Umdruck 16/4028

AL Lüdders, Leiter der Abteilung Polizei, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz im Innenministerium, berichtet über die Belastungssituation der Polizeibeamten in Schleswig-Holstein durch zunehmende Einsätze und Gewaltbereitschaft. Er kündigt - einen Wunsch von Abg. Lehnert aufnehmend - an, dem Ausschuss den Bericht auch noch einmal schriftlich zuzuleiten, Umdruck 16/4028.

Abg. Lehnert bittet darum, sich in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses noch einmal mit dem Thema zu befassen, da über die Maßnahmen hinaus, die das Innenministerium bereits getroffen habe, der eine oder andere Schritt noch einmal abgewogen werden müsse, vor allem auch vor dem Hintergrund der Bestrebungen in Hamburg, die dort in diesem Zusammenhang angekündigt worden seien.

Er fragt außerdem nach der Hauptgruppe der Täter und weiterem Zahlenmaterial. Dies sei auch im Zusammenhang mit dem beschleunigten Jugendverfahren interessant. Fraglich sei, ob man noch einmal über eine Strafverschärfung nachdenken müsse. - AL Lüdders führt aus, bundesweit sei das Phänomen zu beobachten, dass die Gewaltkriminalität bei Jugendlichen und Heranwachsenden zunehme. Wenn man jedoch über die Problematik der Angriffe auf Polizeibeamte spreche, gebe es keine gesicherten Erkenntnisse darüber, dass spezielle Altersgruppen hier überproportional beteiligt seien.

Abg. Spoorendonk begrüßt den Vorschlag von Abg. Lehnert, sich mit dem Thema vertieft im Ausschuss zu beschäftigen. Sie verweist in diesem Zusammenhang auch auf eine kleine Anfrage ihres Kollegen Lars Harms „Strafanzeigen wegen Beleidigung, Körperverletzung und Widerstandsdelikte durch Beamte der Landespolizei“, Drucksache 16/2268, aus deren Beantwortung eine Reihe von Zahlen ersichtlich seien. Aus ihrer Sicht sei es in diesem Zusammenhang wichtig, die Präventionsarbeit zu stärken, statt über Strafverschärfungen nachzudenken. Sie bittet darum, auch diesen Punkt in den schriftlichen Bericht des Innenministeriums mit aufzunehmen. - AL Lüdders antwortet, der Hinweis von Abg. Spoorendonk auf die sogenann-

ten Stadtteilpolizei in Flensburg als Beispiel für Präventionsarbeit treffe in diesem Zusammenhang nicht ganz den Kern. Wenn man über das Problemfeld Gewalt gegen Polizeibeamte spreche, könne Prävention in erster Linie nur in der Ausbildung der Polizisten stattfinden, indem diese insbesondere in Deeskalationsmaßnahmen geschult würden. Auf diesem Gebiet sei die Ausbildung in Schleswig-Holstein schon jetzt sehr gut. Die Anzahl der verletzten Polizisten sei in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Ob das an der besseren Ausstattung oder an der besseren Ausbildung liege, werde zurzeit noch untersucht.

Abg. Puls begrüßt den Verfahrensvorschlag von Abg. Lehnert, sich mit dem Thema vertiefend zu befassen, allerdings spricht er sich dagegen aus, über mögliche Gesetzesverschärfungen zu sprechen, da die vorhandenen gesetzlichen Spielräume noch nicht ausgenutzt würden.

Im Zusammenhang mit Ausführungen von Abg. Hentschel zum Problem der fehlenden sozialen Einbindung von Jugendlichen und der daraus entstehenden größeren Gewaltbereitschaft weist AL Lüdders darauf hin, dass das Thema Jugendkriminalität und Gewalt, die von Jugendlichen ausgehe, heute nicht direkt Thema sei. Zum Themenbereich Gewalt gegen Polizeibeamte gehöre eher der Fall, dass ein Ehemann, der seine Ehefrau verprügelt habe, plötzlich auch auf Polizeibeamte losgehe.

Abg. Lehnert macht deutlich, die CDU-Fraktion habe in diesem Zusammenhang keine ideologischen Blockaden. Sie wolle jedoch auch keine Maßnahmen ausschließen. Absolute Priorität müsse haben, die Polizisten vor Gewaltangriffen zu schützen.

Abg. Hildebrand fragt nach der Bewertung der vorliegenden Zahlen zum Widerstand gegen Polizeibeamte im Vergleich zu anderen Bundesländern. - AL Lüdders erklärt, jeder verletzte Polizist sei natürlich einer zu viel. Wenn man die Zahlen in Schleswig-Holstein mit den Zahlen zum Beispiel aus Nordrhein-Westfalen vergleiche, scheine es da in etwa das gleiche Zahlenverhältnis zu geben. Das vorliegende Zahlenmaterial sei jedoch nicht bis ins Letzte belastbar, da auch der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte mit erfasst werde. Außerdem würden nur Gewalttaten erfasst, bei denen der Polizist auch eine Anzeige erstattet habe. Von daher sei davon auszugehen, dass die tatsächlichen Widerstandshandlungen einen größeren Umfang einnähmen.

Im Zusammenhang mit der Nachfrage von Abg. Eichstädt antwortet AL Lüdders, in der polizeilichen Kriminalstatistik werde nicht unterschieden zwischen Widerstandshandlungen, die zu einer Verletzung geführt hätten und Widerstandshandlungen allein.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, regt an, wegen der altersbezogenen Betrachtung auch eine Unterscheidung nach der Situation des Einsatzes und bestimmten Personengruppen, zum Beispiel Nationalität, vorzunehmen. - AL Lüdders kündigt an, auch diesen Gedanken in die schriftlichen Ausführungen mit aufzunehmen. Dabei müsse jedoch auf das Zahlenmaterial der Kriminalstatistiken zurückgegriffen werden.

Der Ausschuss beschließt, sich in einer seiner nächsten Sitzungen erneut mit dem Thema zu beschäftigen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1893

(überwiesen am 28. Mai 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/3231, 16/3235, 16/3244, 16/3245, 16/3249, 16/3311,
16/3316, 16/3317, 16/3321, 16/3334, 16/3361, 16/3368,
16/3371, 16/3372, 16/3381, 16/3382, 16/3383, 16/3386,
16/3390, 16/3392, 16/3601, 16/3637, 16/3776 (neu)

Der Ausschuss beschließt, seine Beratungen zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Verantwortungsvolle öffentliche Beschaffung, Drucksache 16/1893, noch einmal zurückzustellen, da die Koalitionsfraktionen ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen haben.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Hentschel zu den weiteren Planungen der Beratungen der vorliegenden Wahlrechtsänderungsgesetze, insbesondere des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP zur Änderung des Kommunalwahlrechts, kündigt Abg. Puls an, die Koalitionsfraktionen könnten relativ schnell zu einer Entscheidung kommen. Er schlägt vor, in Aussicht zu nehmen, die Beratungen bis zum März- oder April-Plenum des Landtags abzuschließen.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, schließt die Sitzung um 15:45 Uhr.

gez. Werner Kalinka
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin